

Nutzung und Pflege der Altnürnberger Reichswälder.

Von Prof. Dr. Jegel, Nürnberg.

(Fortsetzung.)

Um dieselbe Zeit werden auch die Dienstetide, bezw. -anweisungen der verschiedenen Forstbeamten und Bediensteten erneuert (170). Sie werden später in das große Pflichtbuch, das ungefähr gleichzeitig mit der Zusammenfassung der Handwerkerordnungen (171) zwischen 1626 und 31 geschrieben wird, aufgenommen und zeugen davon, daß der Rat sich immer wieder bemüht, seine Beamten zur Pflichttreue zu erziehen (172) und den Wald nach Möglichkeit zu erhalten. Leider durchkreuzt das unglückselige „alte Herkommen“, auf welches sich die Rechtler stützen, stets alle gute Absichten. Für den rückschauenden Betrachter ist es geradezu ergreifend zu sehen, wie die Regierung mit den Verhältnissen ringt und auch durch Einzelverfügungen der übertriebenen Beanspruchung des Waldes entgegentritt, ohne einen Dauererfolg zu haben (173). Zum Beispiel wird am 15. Juli 1544 allen Handwerkern, welche mit dem sogenannten großen Feuer arbeiten, z. B. Messing- und Kupferdrahtzieher, Schmelzhütten, untersagt, Holz aus den Reichswäldern zu verbrauchen. Ebenso schärft man am 22. März 1572 den Untertanen erneut ein, das gewährte Bauholz rechtzeitig aus dem Walde abzuholen und zu verbauen, bezw. vor Fäulnis zu schützen.

Die mannigfachen, schlimmen Erfahrungen veranlassen den Rat auch Verbesserungen der Waldordnung zu erwägen, besonders als die Aussagen des verhafteten Waldschreibers, Hans Emhard (174), Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Anweisung von Holz und Einbringung von Pfandschulden aufdecken (175). Während der schuldige Beamte nach kurzer Turmhast aus dem Dienst entlassen wird, ersucht der Rat die Amtsleute, „in Zukunft fleißig mit der Einbringung der Waldpfänder zu sein und den Personen nicht so lange nachzusehen; denn viele derselben sind entlaufen, gestorben oder verdorben“. Auch sonst löst jene Untersuchung erhöhten Eifer aus. Man stellt u. a. fest: „Die Gräben (241a) im Walde, die vor vielen Jahren zu Wasserabfluß gemacht worden, sind zugeschüttet, so daß viel Holz dürr wird. Wo das Wasser keinen Abfluß hat, sondern in Lachen stehen bleibt, verfault das Holz. Deshalb müssen die Gräben wieder geräumt und gefegt werden, indem man den Bauern, welche an diesen Orten Holz holen oder Vieh weiden, Fronarbeit auferlegt. In Zukunft soll jede Gemeinde im Frühjahr 1—3 Mann stellen, um die Gräben, soweit sie zugefallen oder vom Vieh eingetreten sind, wieder auszuwerfen.“ Als der Rat diese Vorschläge der Waldherren annimmt, betont er zugleich sehr richtig: „Weil das Werk etwas weitläufig ist und nicht gleichzeitig überall gemacht werden kann, soll es einzeln geschehen. Man fängt an, wo die Räumung am nötigsten ist“ (176). Ferner wird geklagt, daß die Waldbauer den Bauern ohne Unterschied frisches Holz geben und es wider die Ordnung zu hoch vom Boden abhauen. Deshalb verfügt der Rat: „Sobald jene die festgesetzte Strafe nicht

zahlen können, kommen sie ins Lochgefängnis“ (176). — Neben den Waldhauern müssen auch die Förster immer wieder zur Pflichterfüllung ermahnt werden. Besonders umfangreich ist der Verlaß vom 31. Dezember 1587, welcher sich in vielen Punkten mit demjenigen vom 19. März 1543 berührt (177); denn auch (170) sie sind eine Art Dienstanweisung, welche bezeichnenderweise monatlich den Förstern vorgelesen werden soll. Sie bringt auch Verhaltensmaßregeln für die Sitzungen des Forstgerichtes (101a); befiehlt den Förstern und Waldhauern, nicht über Nacht in der Stadt oder sonst ohne Vorwissen des Amtmannes von ihrem Dienstszitz fortzusein. Sobald ein Marktstein „abgegangen“ ist, sollen sie Meldung erstatten, damit der Amtmann einen neuen setzen lassen kann. Vor allem aber wird auch jenen selbständige Abgabe von Holz, unvorschriftsmäßiges Hauen verboten und unbedingtes Hegen der Bestände innerhalb der sogenannten Meile und Hailoen (184), d. h. gehegten Waldteilen, ans Herz gelegt. Die Anweisung von Sägbäumen und Zimmerholz, besonders Eichen ist nicht Sache der Amtmannsknechte, Erb- und Stockförster, welche die Untergebenen der erstgenannten sind und als Waldaufsieder keine Flinte tragen dürfen, sondern der Waldhauer, während die Knechte nur Brennholz abgeben sollen. Der bedeutungsvollste Auftrag ist aber, daß jeder Förster einen Meßen Fichten- und Tannensamen jährlich dem Amtmann abliefern soll, damit das Aufforsten erfolgen kann. Nürnberger Waldsamen erfreut sich seit langem guten Rufes, so daß selbst Fürsten Lieferungen erbitten (178).

Auch wenden sich wiederholt Mandate (179) gegen das unerlaubte Bauen, bezw. säumige Bedachen von aufgerichteten Gebäuden oder wird 1595 abermals untersagt, schöne, gerade Buchen und Eichen ohne besondere Erlaubnis zu hauen. Ebenso entschieden bekämpft der Rat die Waldbeschädigung, welche Beständner, d. h. Untermieter, in Galgen- und Gostenhof, Steinbühl und anderen Orten um die Stadt verüben, indem sie gelegentlich gegen 20 000 Maß Holz in wenigen Wochen aufstapeln. Deshalb werden alte Mandate, welche die Aufnahme jener Leute verbieten, immer wieder von den Kanzeln zu St. Jakob und in den Vorstädten, sowie auf dem platten Land verlesen und an den herkömmlichen Orten (180) angeschlagen (181). Doch findet der Rat auch bei manchem Waldamtmanne kein Verständnis. Deshalb bedroht er z. B. diejenigen in der Mitte des 16. Jahrhunderts, Christoph Schürstab und Martin Haller, mit Entlassung. (182), wie einst Fabian Haller durch seine Schroffheit Anstoß erregt (131/2).

Vor allem die Frage der Untermieter kommt nie zur Ruhe: Bei ihr durchkreuzen sich — wie bei dem Verbot, an die Tuchfärber innerhalb der Dreimeilengrenze Holz zu verkaufen (183) — bevölkerungspolitische, steuerliche und Waldrückichten; denn einerseits ist eine stärkere Vermehrung der Bewohner als Verbraucher von gewerblichen Erzeugnissen und zur Erhöhung von Steuern und Abgaben wünschenswert. Andererseits beanspruchen diese Familien viel Holz. Besonders in den Vororten und den um Nürnberg liegenden Einzelhöfen, sowie in den Gärten wohnen in einem Haus oft 3—4 Familien, obwohl auf ihm

nur ein Feuerrecht ruht. Natürlich holen sie ungebührlich Holz, und zwar möglichst in der Nähe der Stadt, innerhalb der sogenannten Meile, welche unter besonderem Schutz steht, und den gehegten Waldeisen, den sogenannten Heiloen, welche damals sonderbarerweise Heullören oder Hailloern heißen (184). Deshalb verfügt der Rat: „1. Wer in seinem Haus ein Feuerrecht hat, darf höchstens zwei Familien aufnehmen; ein Pächter nur eine. Doch dürfen sie keine Bettler, fahrende und unnütze Leute sein, sondern müssen von ihrer Heimat einen richtigen Abschiedschein haben, sowie sich mit ihrer Arbeit ernähren. Vor allem müssen sie sich natürlich verpflichten, jedes Holzholen selbst oder durch ihre Beauftragten zu unterlassen. Zuwiderhandelnde zahlen 10 fl. Strafe. 2. Wer in der Stadt oder auf dem Lande ein beweisbares Feuer- und Walddrecht hat, aber sein Gut nicht selbst bewohnt, darf es nur an einen redlichen Bauern mit ordnungsmäßigem Abkehrpapier seines früheren Herrn verpachten, so daß nur eine Familie in dem Haus wohnt. Wenn sie Wagen und Pferd hat, darf sie den Wald nach der Waldordnung gebrauchen. 3. Beständner und anderes herrenloses Gefindel, welche keine Wagen und Pferde haben, nehmen bisher das Holz von Ästen und herumliegenden Gipfeln, fahren es oft mit 3—4 Karren heim, um es sogar zu verkaufen. Auch Diensthoten schicken sie zum Holzlesen. Auf diese Weise wird dem Wald, insbesondere in den gehegten (184) Gebieten, mit Abschlagen von jungen Bäumen großer Schaden zugefügt. Deshalb untersagt der Rat solches Tun bei 2 fl. Strafe für jede Fahrt. Die Untermieter dürfen in Zukunft unpfandbares Brennholz für den Eigenbedarf heraustragen, sofern sie nicht Wagen und Pferd haben. Doch darf täglich nur eine Person aus jeder Familie in den Wald bei derselben Buße. Können die Übertreter nicht zahlen, werden sie eingesperrt oder des Landes verwiesen. Gegebenenfalls ist der Eigentherr für die Beirreibung verantwortlich und haftpflichtig. Wenn einer ein Haus oder Gut ohne Walddrecht bewohnt, wird er für das Holzholen bestraft, d. h. er verliert sein Gespann oder muß 40 Pfd. alt Haller entrichten, wenn er keines hat. Verweigert er die Bezahlung, so wird ihm der Wald verboten und er gepfändet, bezw. der Eigentherr herangezogen. 4. Mit der Durchführung dieser Bestimmungen werden Förster und andere Stadtdiener, auch die in Wörth und Gostenhof befindlichen, beauftragt. Das herrenlose und herumstreunende Gefindel stiehlt in den Wäldern, besonders in den gehegten Gebieten, viel Holz und verdirbt auch dadurch den Wald, daß es die äußere Baumrinde bis auf die grüne abhaut, Wurzeln ausgräbt und unvorsichtig Feuer anschürt (139 a). Deshalb wird den Forstbeamten besonders scharfes Vorgehen gegen diese Leute befohlen“ (185). Dieses Mandat wird jährlich viermal, am 2. Februar, 1. Mai, 10. August, 1. September, in und außerhalb der Stadt verkündet, aber gleich Artgenossen wenig beachtet, so daß der Rat es gelegentlich verschärft, z. B. durch den Erlaß vom 13. August 1617.

Gleich diesen Fremden bereiten auch eigene Bürger, selbst Mitglieder des Rates — wie früher —, der Regierung Schwierigkeiten, indem sie z. B.

in den Gärten vor den Toren nicht nur die seit langem umstrittenen Gartenhäuser (186), sondern auch größere Gebäude errichten und für sie Bau- und Brennholz beanspruchen, so daß der Rat solches Unterfangen nachdrücklich untersagt (187). Auch bestreiten Patrizier gelegentlich dem Rat das Recht gegen Holzfrevler vorzugehen, wenn sie Hintersassen jener sind. Um diesen verschiedenen Ungehörigkeiten zu steuern, läßt sich der Rat bei jeder sich bietenden Gelegenheit die üblichen Erklärungen ausstellen. Zum Beispiel verpflichtet sich Hans Jakob Haller, an dem ererbten Weiherhaus, welches am Anfang des 16. Jahrhunderts dem Hieronymus Holzschuher gehört, ohne Genehmigung des Rates bzw. Waldherrn, keine baulichen Veränderungen vornehmen zu lassen (189).

Schließlich werden die Reichswälder auch von Bauern erhöht beansprucht, sobald sie ihre eigenen Hölzer abgehauen haben, so daß der Rat am 11. Januar 1591 allen Untertanen solches Ausreuten untersagt und befiehlt, alle öden, zu Wald geeigneten Plätze binnen einem halben Jahre umzuackern und mit Waldfamen zu besäen. Sie sind so lange zu hegen, bis brauchbares Bau- und Brennholz gewachsen ist. Ungehorsame Untertanen werden mit 20 fl. Strafe und zwangsweisem Vorgehen bedroht. Auch schärft man ihnen das Gewissen, als große Feuerbrünste Dörfer in Schutt und Asche legen. Alte Feuerordnungen werden erneuert, das Legen von Holzmassen in der Nähe von Häusern verboten; denn jede Vernichtung von Gebäuden beansprucht den Reichswald (190).

Außer gegen ungehorsame oder unbefugte Rechtler (191), Holzhamsterer (192), unachtsame und ungetreue Beamte (193) muß sich Nürnberg auch gegen Übergriffe des Markgrafen, bzw. seiner Beauftragten immer wieder wehren. Gelegentlich beantwortet die Stadt dieses Tun mit Klagen vor dem Kammergericht (194). Jene Streitigkeiten veranlassen auch den Rat, durch Paul Pfünzing den berühmten Atlas bei dem Maler Lorenz Stern bestellen zu lassen (195). Nicht nur die wiederholt veröffentlichten Übersichtskarten, sondern auch die anderen verdienen eine Neuherausgabe.

Nach dem Regierungswechsel in Ansbach 1603 kommt es soweit zu einer Annäherung der beiden alten Gegner, daß der Nürnberger Vorschlag, die Holzfrevler sich gegenseitig zur Bestrafung auszuliefern, angenommen wird (195a).

Ähnliche Schwierigkeiten wegen des schwindenden Holzvorrates bestehen — nebenbeigefagt — auch anderwärts. Deshalb rühmt z. B. der Zweibrücker Bergvogt Adam Säger von einem neuerfundenen, eisernen Ofen, geschlossenen Herden und Kaminen, daß sie nur $\frac{1}{3}$ der Holzmenge, welche die bisher gebräuchlichen Heizanlagen erfordern, verbrauchen und beschreibt eingehend veranstaltetes Probefochen (196). Auch der bekannte Nürnberger Prof. Joh. Gabriel Doppelmayr erfindet einen Holzparofen (196a).

Doch alle Maßnahmen des Rates können nicht dauernd helfen. Besonders schwierig wird natürlich die Sachlage während des Dreißigjährigen Krieges, da auch die von der Stadt angeworbenen Truppen und ihre Weiber sich ohne

Erlaubnis Holz holen und natürlich nicht nur dürres nehmen. Gegen diese wohlbewaffneten, unbändigen Scharen sind die Förster ohnmächtig, so daß der Rat seinen Beamten Gehilfen beigibt und den Soldaten ihr Tun verbietet (197). Auch die Vorschriften über Verwendung von Bauholz werden abgeändert. Zum Beispiel wird am Anfang des 17. Jahrhunderts abermals bei 10 fl. Strafe angeordnet, daß alle neuen Gebäude einen Steinsockel von mindestens einem Meter Höhe haben müssen. Auch darf man keine Hofreit oder anderes mit Latten „verschlagen“, d. h. einfassen, sondern nur mit Hecken, um vor allem den Verbrauch von Eichenholz zu Torfäulen und Zaunstecken zu vermeiden. Ebenso wenig dürfen die Untertanen Backöfen und Rübengruben mit Brettern bedecken. Wenn andererseits den niederländischen Tuchfärbern wieder (183) untersagt wird Reichswaldholz aufzukaufen und Ungehorsame mit 10 fl. Strafe für die Mäße bedroht werden, so überschneiden sich abermals zwei Rücksichten, Schonung des Waldes und Erhaltung eines leistungsfähigen Gewerbes, welches vor allem für die Ausfuhr tätig ist. Ähnlich ist die Sachlage, wenn der Rat Höchstpreise für Holz und Kohlen festsetzt; denn die Fürsorge für die Minderbemittelten verlangt niedere Preise, das Bestreben aber, das Ausbeuten des Waldes zu erschweren fordert, den Verbrauch durch erhöhte Preise abzdrosseln (199).

Nach Schluß des unglückseligen Dreißigjährigen Krieges werden wie nach dem Weltkrieg alte Gesetze wieder eingeschärft, bezw. verbesserte erlassen, um auf dem wirtschaftlichen Trümmerfeld einen Neubau zu errichten. Zu diesen Maßnahmen gehört z. B. die Holzmesserordnung vom 28. Oktober 1654 (200) oder das gleichzeitige Verbot, daß andere Leute als Zeidler (31) sich Bienen halten (201). Ebenso befiehlt das Mandat vom 14. Mai 1658 (200) bei Holzbauten ungefähr 16 cm breit Back- oder Mauersteine vorzusetzen, um den Holzverbrauch zu vermindern.

Aber auch früher stehen die Worte Befehlen und Gehorchen auf zwei verschiedenen Blättern, so daß die rücksichtslose Ausnützung des Waldes weitergeht, vor allem von seiten der Brandenburger, einschließlich der Beamten. Zum Beispiel werden um die Wende des 17. Jahrhunderts in 3 Jahren 350 Mäße Brennholz in das Schloß Schönberg gefahren (202). Trotzdem bringt es die Ansbacher Regierung fertig, gegen Nürnberg beim Reichskammergericht wegen vorsätzlicher Waldveröfung zu klagen (202). Allerdings fliegt bei den eingehenden Ortsbesichtigungen im Juli 1700 der Pfeil auf den Schützen zurück; denn viele Sünden der Ansbacher Untertanen, Beamten, selbst des Fürsten werden aufgedeckt. Zum Beispiel hat man zur Herstellung von Jagdwegen, obwohl sie sich in ziemlich gutem Zustande befinden, viele 1000 Stämme umgehauen, während sie im Saft sind. Auch sind sie so rücksichtslos gefällt worden, daß sie im Stürzen andere niedergedrückt haben. Hinterher sind viele ungenützt liegengeblieben, so daß sie zwecklos verfault sind. Natürlich entwickelt sich einer der üblichen, langwierigen Prozesse, ohne daß eine Besserung der verfahrenen Zustände erreicht wird.

Andererseits versucht der Rat mit gewissen kleinen Mitteln wenigstens das Jungholz zu erhalten, indem er z. B. untersagt, daß im Frühling grüne und schönwüchsigte Föhren, Fichten, Tannen, Birken und andere Bäume in die Stadt gebracht werden, um in und vor den Häusern „aus übler Gewohnheit öfters um eitler Pracht und Hoffart willen“ aufgestellt zu werden (203). Selbstverständlich versucht der Rat ähnlichem Tun auch bei den Markgräflichen entgegenzutreten, indem er mit großem Ernste auf die drohende Waldverwüstung hinweist. Doch löst er nur erneute (202) reichsgerichtliche Klagen der Ansbacher Regierung wegen vorsätzlicher Waldveröbung und Beeinträchtigung altergebrachter Rechte aus (204). Gelegentlich holt die Reichsstadt zu einem erfolgreichen Gegenschlag aus, so daß der Markgraf hohe Gerichtskosten und Entschädigungssummen bezahlen muß (205).

Auch in anderen Kreisen fehlt die Einsicht keineswegs, welche Schäden in der ungehemmten Nutzung liegen; denn allein zwischen 1700—1718 wird an markgräfliche Rechtler aus dem Sebalder Wald folgendes abgegeben: 13 575 Fuder Brennholz, 122 Eichen, 324 Tannen und Fichten, welche zu verschiedenen Zwecken bestimmt sind, und 908 Stämme Bauholz (206). Leider verhalten die Warnungsrufe, wie sie z. B. 1738 ein ungenannter Fachmann, vermutlich Christoph Ludwig Freiherr von und zu Aufseß, mit eingehenden Verbesserungsvorschlägen erschallen läßt (207), trotz ihres eindringlichen Ernstes ungehört, obwohl der Walddamtmann J. B. von Volkamer 1752 diese Gedanken zu seinen eigenen macht und sich scharf gegen die Anstellung unwissender und eigennütziger Forstbedienten wendet. Aber auch seine Vorschläge bleiben unbeachtet, so daß z. B. im Oktober 1797 das Holzverlangen von Einwohnern der Vorstadt Wörth nicht befriedigt werden kann (208). Allerdings, als die 1794 eingesetzte Ökonomieverbesserungskommission eine Neuordnung des Gesamtstaates versucht, wird im Oktober 1795 auch ein Forstverbesserungsplan entworfen. Er schärft vor allem die alte Waldbordnung wieder ein und faßt weitgehende Beschlüsse wegen Herabminderung der Holzabgabe (209). Als teilweiser Ersatz für das entzogene Holz wird, wie am Anfang des 18. Jahrhunderts (210), die Zuweisung von Torf, bezw. Steinkohle erwogen (211). Doch sind die Funde in der Umgebung von Nürnberg zu unbedeutend und der Bezug aus der Ferne damals zu teuer, als daß eine wirkliche Hilfe möglich ist.

Aus jenen sturmdurchtobten Jahren sind auch einzelne Streitschriften erhalten. Die „Gegenbemerkungen zu den Bemerkungen über den Zustand und die Behandlung der beiden Reichswälder“, 1801, (212) lassen uns einen tiefen Blick tun in die verworrenen Verhältnisse und die übertriebene Abneigung, des Rates, einen erfahrenen, auswärtigen Fachmann mit der Neuordnung des Forstwesens zu betrauen. In dieselbe Kerbe schlägt eine andere Veröffentlichung, „Gegenstück oder freimütige Beantwortung der Piese für die Nürnberger Bürger zum Nachdenken und zur Beurteilung über die neuen Einrichtungen des Forstwesens auf dem Reichswald“ 1802 (213). Der Walddamtmann Joh. Sigm. von Haller

wird angeklagt, weil er seine 1798 eingereichte Meldung über den traurigen Zustand der Reichswälder nicht entschiedener vertreten habe. Auch die „Betrachtung über die Gegenstände, deren Publizität notwendig ist und nützlich sein könnte“, 1804 (214), gibt Aufschluß über die Fruchtlosigkeit der angestrebten Verbesserungen, besonders hinsichtlich der Wiederaufforstung, da der Sturmwind im November 1800 viele hundert Samenbäume umstürzt und eine zweimal versuchte Anpflanzung scheitert, indem die Setzlinge infolge unrichtiger Behandlung und ungünstigen Wetters verderben. Das Genanntenkollegium gewinnt zwar mit Hilfe der kaiserlichen Subdelegationskommission einigen Einfluß auf die Staatsangelegenheiten und damit auch auf das Forstwesen; aber die Macht des Rates, der sich zu keinen entschiedenen Taten mehr aufraffen kann, steht in der Hauptsache — wenigstens äußerlich — unerschüttert da. Geschickt spielt er sogar Anordnungen der genannten Kommission gegen Hardenberg aus, als der preußische bevollmächtigte Minister in Ansbach schon Anfang 1797 (215) den Sebalder Wald besichtigen läßt und die Förster vorladen will; denn er beansprucht die Reichswälder als ansbachisches Eigentum (215a). Allerdings scheitern diese Pläne im Gegensatz zu anderen (216), wie auch die Absicht des überschuldeten Nürnberg, sich ganz in die Arme Preußens zu werfen (217). Andererseits muß der Rat die nicht unverdiente, schwere Demütigung durch die erwähnte Kommission über sich ergehen lassen (518). Zum Beispiel schreibt in ihrem Namen Franz Schrodt mit derber Offenheit am 10. Juli 1799 an ihn (219): „Die Walddeputation ist überflüssig, zumal die forstwidrige Behandlung der Waldungen und deren äußerst trauriger Anblick leider nur allzusehr beweist, daß die Walddeputation wohl nicht der üblen Administration sich selbst schuldig gemacht, doch wenigstens nur figuriert und deren Beschäftigung nichts mehr und nichts weniger als eine zwecklose Formalität vorgestellt hat.“ Deshalb verlangt der Brief, dessen Deutsch nicht gerade mustergültig ist, eine alsbaldige Äußerung des Rates, ob er etwas gegen die Auflösung der fraglichen Behörde einzuwenden habe. — Doch reißt die Kommission nicht nur ein, sondern versucht auch den Neubau, vor allem werden die Aufgaben der verschiedenen Forstbeamten und Bediensteten nach Monaten ausgeschieden so genau festgelegt, daß dieses Schriftstück eine Sonderveröffentlichung verdient (220). Allerdings können die Anordnungen sich nicht mehr auswirken, da die Tage der Reichsstadt gezählt sind. Aber nicht nur Organisationsfragen sucht man zu lösen, sondern erläßt auch gute Einzelverfügungen, indem man z. B. eine vom Rate schon früher gegebene Anordnung vom 26. August 1763 (221), nach welcher jeder Neubürger in den Landstädtchen drei junge Eichen pflanzen soll, wieder in Erinnerung bringt (222). Das unverkennbare Bemühen der neuen Forstdirektion bessernd eingzugreifen, ist ein letztes Aufflammen der alten Betriebsamkeit (223).

(Schluß folgt.)